

Nr. **XIX. GP.-NR**  
58 /J  
1994 -11- 29

## ANFRAGE

der Abgeordneten Parnigoni  
und Genossen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend Nahverkehr im Bundesland Niederösterreich

In der am 30. November 1993 in Kraft getretenen Novelle zum Mineralölsteuergesetz wurden den Ländern Mittel für Zwecke der zusätzlichen Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs aus einer Erhöhung der Mineralölsteuer um ca. 50 Groschen pro Liter zur Verfügung gestellt. Damit wurde ein Volumen von geschätzten 1,7 Milliarden Schilling für den öffentlichen Personennahverkehr gewidmet. Aus diversen Pressemeldungen der ÖBB und Aussagen der Landeshauptleute läßt sich heute bereits abschätzen, daß sich viele Länder weigern, mit den ÖBB in Verhandlungen über diese zusätzliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs einzutreten. Eine besonders unrühmliche Rolle spielt dabei der Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Erwin Pröll, der auf der einen Seite ständig Forderungen nach zusätzlichen Verkehren aufstellt auf der anderen Seite sich bis heute jedoch geweigert hat, über die Finanzierung zusätzlicher Verkehre mit der ÖBB überhaupt zu reden. Darüberhinaus ist den unterfertigten Abgeordneten bekannt, daß das Land Niederösterreich im Zuge der Landeshauptstadtplanung mehr als 10 Schnellverkehrsbuslinien - teilweise parallel zu bestehenden Bahnstrecken - in die zukünftige Landeshauptstadt St. Pölten plant, die in der vorgeschlagenen Variante dieser Investitionen einen Abgang von mindestens 21 Millionen Schilling pro Jahr erwarten lassen.

Die unterfertigten Abgeordneten gehen daher davon aus, daß der Landeshauptmann von Niederösterreich plant, den auf das Land Niederösterreich entfallenden Anteil aus der Erhöhung der Mineralölsteuer großteils für diese Luxusbuslinien in Anspruch zu nehmen. Infolge der Notwendigkeit der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere im Großraum Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie infolge der Auseinandersetzungen zwischen den ÖBB und dem Landeshauptmann von Niederösterreich stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachfolgende

**Anfrage:**

1. Wie hoch ist der Anteil des Landes Niederösterreich an den Mitteln aus der Erhöhung der Mineralölsteuer im Jahr 1994?
2. Ist Ihnen bekannt, wie das Land Niederösterreich diese Mittel bis jetzt verwendet hat und was mit diesen Mitteln geschehen ist?
3. Wie hoch war das Landesbudget des Landes Niederösterreich für den öffentlichen Nahverkehr in den Jahren seit 1985?
4. Wie hoch ist diese Budgetpost im Jahre 1994?
5. Wie hoch wird diese Budgetpost voraussichtlich im Jahre 1995 sein?
6. Welche Schlüsse ziehen Sie aus diesen Vergleichen?
7. Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen Ihnen und dem Landeshauptmann von Niederösterreich betreffend zusätzliche Finanzierung des Landes für den öffentlichen Personennahverkehr?
8. Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen den ÖBB und dem Land Niederösterreich betreffend zusätzliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs?
9. Ist Ihnen das Projekt des Landes Niederösterreich bekannt, Schnellbuslinien aus den einzelnen Bezirkszentren in die Landeshauptstadt St. Pölten einzurichten?
10. Wie beurteilen Sie dieses Vorhaben aus verkehrspolitischer Sicht?
11. Ist das Land Niederösterreich bereits an den Bund herangetreten, beispielsweise im Rahmen des Verkehrsverbundes, einen finanziellen Beitrag für diese geplanten Buslinien zu leisten?

12. Würde eine Finanzierung dieser Schnellbuslinien aus den oben angeführten Mitteln aus der Erhöhung der Mineralölsteuer den Intentionen dieser Mineralölsteuergesetznovelle entsprechen?
13. Wie weit ist das Konzessionsverfahren für diese Buslinien bisher gediehen?
14. Wie werden Sie insbesondere bei Buslinien vorzugehen, die parallel zu bestehenden Bahnlinien eingerichtet werden sollen?
15. Sind Ihnen Untersuchungen über die potentiellen Fahrgastfrequenzen der erwähnten Schnellbuslinien bekannt?
16. Werden Sie vor Konzessionserteilung vom Land Niederösterreich eine Bedarfserhebung verlangen?